

laufzeiten. Zum anderen müsse man Partnern in den Regionen eine verlässliche Perspektive bieten. Und gerade in Regionen des Globalen Südens sei Vertrauen eine wichtige Währung.

Melanie Hanif

Zivilgesellschaft und Demokratie in Asien

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Weingarten, 08.–10. November 2013

Bei der wissenschaftlichen Analyse politischer Phänomene in Asien steht die Frage nach dem Stand der Demokratie häufig im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Auch die Weingartener Asiengespräche 2013 befassten sich mit demokratischen Wandlungsprozessen, konzentrierten sich dabei jedoch nicht auf den Staat als zentralen Akteur, sondern auf die Rolle und das Potential der Zivilgesellschaft. Im geographischen Fokus standen der Süden, Osten und Südosten Asiens, wobei sowohl die nationale als auch die regionale sowie transnationale Dimension zivilgesellschaftlichen Handelns thematisiert wurden. Mit ihrer interdisziplinären Ausrichtung war die Veranstaltung richtungsweisend für künftige Forschungsvorhaben: Um die vielschichtigen Entwicklungen, die sich im Hinblick auf das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Demokratie ergeben, angemessen bewerten zu können, ist es zweifellos gewinnbringend, wenn politikwissenschaftliche Inhalte und Methoden um Ansätze aus anderen Fachrichtungen ergänzt werden.

Einführend wiesen die Tagungsleiter Claudia Derichs (Universität Marburg / Dokkyo Universität Tokyo) und Stefan Rother (Arnold Bergstraesser Institut Freiburg) auf die Herausforderungen hin, die sich bei der Beschäftigung mit der gewählten Thematik ergeben: Zum einen lassen sich im asiatischen Raum sehr unterschiedliche Ausgestaltungsformen von Demokratie erkennen, was eine Typologisierung oder eine vergleichende Interpretation der Prozesse und Ergebnisse oft erschwert. Zum anderen wird der Begriff der Zivilgesellschaft generell sehr diffus verwendet und in der Regel an eine positiv-normative Vorstellung geknüpft, die nur selten hinterfragt wird. Aus diesen Überlegungen leiten sich einige der zentralen Fragen ab, die im Laufe der Konferenz diskutiert wurden: Wann kann man im asiatischen Kontext von Zivilgesellschaft sprechen? Welche Merkmale weisen zivilgesellschaftliche Gruppen auf und wie deutlich grenzen sie sich vom öffentlichen Sektor ab? Welche Strategien verfolgen die Akteure und inwieweit können sie damit einen Beitrag zur Demokratisierung leisten? Welche Formen von *uncivil society* existieren in Asien? Und: Ist der Vertretungsanspruch der nicht-staatlichen Akteure überhaupt legitimiert?

Der Blick auf Südasien zeigt eine sehr heterogene Zivilgesellschaft, die größtenteils von den Eliten gesteuert wird und dementsprechend einseitig agiert. So berichtete Andrea Fleschenberg (Qaidi Azam University Islamabad) von zahlreichen pakistanischen Initiativen, die die bestehenden undemokratischen Strukturen hinnehmen und

mit den militärischen Machthabern kooperieren, um ihre Projekte durchzusetzen. Diese oft zu beobachtende Form von *cooperative politics* wirft die Frage auf, ob eine Zivilgesellschaft nur als solche verstanden werden kann, wenn sie konfrontativ gegen den Staat agiert. Darüber hinaus ist diskutierbar, inwieweit zivilgesellschaftliches Handeln mit Waffengewalt vereinbar ist und ob im Folgeschluss auch die Taliban als Akteur der Zivilgesellschaft betrachtet werden müssen. Im Hinblick auf das Demokratisierungspotential wies Fleschenberg darauf hin, dass viele der pakistanischen Gruppen von ausländischen Geldgebern gefördert werden, die jedoch nicht zwangsweise an politischem Wandel interessiert sind. Nichtsdestotrotz kann festgehalten werden, dass zumindest die Frauenbewegung sich schrittweise besser organisiert und erste Erfolge verzeichnen kann.

Ähnliches wusste Nadja-Christina Schneider (Humboldt-Universität Berlin) über die Situation in Indien zu berichten. In den Fokus ihres Vortrages stellte sie die Frage, ob gesellschaftskritische Hindu-Filme die Jugend des Landes politisch mobilisieren können: Vor allem in Delhi ist immer häufiger zu beobachten, dass Filminhalte in Protestformen transformiert werden. Inwieweit der indische *Global-street*-Aktivismus als progressive Form einer sozialen Bewegung verstanden werden kann, bleibt jedoch fraglich – auch weil sich das Phänomen lediglich auf den urbanen Raum zentriert. Hinzu kommt, dass die mangelnde Organisation und die fluide Agenda der Straßenproteste den zivilen Sektor in erhöhtem Maße anfällig für undemokratische Elemente machen.

Wie unterschiedlich sich Zivilgesellschaft auch in ähnlichen politischen Systemen entwickeln kann, zeigte ein vergleichender Blick auf Japan und Südkorea. Momoyo Hüstebeck (Universität Duisburg-Essen) wies zunächst darauf hin, dass sich die politische Elite in beiden Ländern aus einem kleinen dynastischen Machtzirkel rekrutiert. Das stark personalisierte Parteiensystem bedingt außerdem, dass finanzielle Ressourcen im Wahlkampf entscheidend sind, weshalb der parlamentarische Zugang für Vertreter der Zivilgesellschaft *per se* schwierig ist. Unabhängig davon konnte sich in Südkorea jedoch eine außerparlamentarische Opposition mit politischer Bedeutung herausbilden, die die Demokratisierung des Landes vorantrieb. In Japan hingegen war der zivile Sektor bis in die 1990er Jahre hinein äußerst schwach ausgeprägt und stark von staatlicher Seite vereinnahmt. Entgegen der Erwartungen hat auch das Fukushima-Unglück die japanische Anti-Atomkraftbewegung nur bedingt mobilisiert. Die Gruppen sind heute zwar besser vernetzt und erhalten mehr mediale Aufmerksamkeit, eine wirkliche Bedeutung kann ihnen jedoch nicht zugesprochen werden. Claudia Derichs bestätigte diese Einschätzung, indem sie auf die fehlende gesellschaftliche Reaktion auf die neue ökonomische Strategie des japanischen Premiers Shinzō Abe hinwies: Sein Konzept der *Abenomics* hat unter anderem die Frage nach der Nutzung eigener Kernkraftwerke wieder auf die politische Agenda gebracht hat und wurde deshalb von externen Beobachtern stark kritisiert. Die Anti-Atomkraftbewegung ist jedoch wie bereits angedeutet nicht machtvoll genug und kann ihre Belange nur schwer an die Bevölkerung vermitteln.

In Südostasien haben nicht-staatliche Akteure einen ähnlich schweren Stand, was nicht zuletzt auf das dort vorherrschende hegelianische Staatsverständnis zurückzuführen ist. So erläuterte Jürgen Rüländ (Universität Freiburg), dass die rudimentäre Interessenvertretung innerhalb der Regionalorganisation ASEAN der Idee eines vertikal organisierten Staates geschuldet ist. Die transnationale Zivilgesellschaft verfügt deshalb nur über eine Beratungs- und Transmissionsriemenfunktion: Die entsprechenden Gruppen unterstützten die Exekutive bei der Vorbereitung und Implementation von Entscheidungen; am Entscheidungsprozess selbst nehmen sie jedoch nicht teil. Diese oberflächliche Form der Teilhabe hat sich auch nach der Finanzkrise Ende der 1990er Jahre nicht verändert: Der interne und externe Demokratisierungsdruck auf die ASEAN-Staaten war damals zwar deutlich angestiegen und es wurden neue Arrangements für die Einbeziehung des nicht-staatlichen Sektors etabliert. Schlussendlich sind die alten Wertemuster im Kern jedoch beibehalten worden, weshalb die Teilhabe an Entscheidungsprozessen weiterhin nur formal gegeben ist.

Auch Stefan Rother ging in seinen Ausführungen über den nationalen Rahmen zivilgesellschaftlichen Handels hinaus, konzentrierte sich dabei jedoch auf einen bestimmten Themenbereich: In den vergangenen Jahren haben sich im asiatischen Raum vermehrt Interessengruppen gegründet, die für die Rechte von Migranten eintreten. Da sich die juristischen Rahmenbedingungen der Empfängerländer in der Regel von jenen in den Entsendestaaten unterscheiden, fällt es Arbeitsmigranten oft schwer, ihre Rechte geltend zu machen. Die transnationale Vernetzung von NGOs und Migrantenrechtsaktivisten ist zwar noch weiter ausbaufähig, der Einflussbereich von Zusammenschlüssen wie dem *Migrant Forum in Asia* (MFA) oder der *International Migrants' Alliance* (IMA) erweitert sich jedoch schrittweise. Es lassen sich teilweise auch kleine Fortschritte bei der Verbesserung des Rechtsschutzes von MigrantInnen erkennen; häufig begrenzt sich die Arbeit der transnationalen Zivilgesellschaft jedoch auf die Schaffung eines (globalen) Diskurses.

Thomas Heberer (Universität Duisburg-Essen) wies in seinem Beitrag noch einmal darauf hin, dass Zivilgesellschaft nicht *per se* demokratisierend wirkt und darüber hinaus auch in autokratischen Systemen bestehen kann. Im Falle Chinas entsteht der zivile Sektor nicht aus der Bevölkerung heraus (*Bottom-up*), sondern wird in einem *Top-down*-Prozess vom Parteistaat initiiert. Dies ist insofern unerlässlich, als bisher keine zivile Alltagskultur in China vorhanden ist und sich die Grundstrukturen einer Bürgerschaft erst langsam entwickeln. Ausgehend von dieser Schilderung wurde im Plenum debattiert, ob auch ein staatlich generiertes ziviles Engagement demokratieförderlich sein kann und welche Rolle speziell das Internet (Stichwort Bloggerszene) bei der Förderung von *good governance* in China spielt.

Die drei parallel angebotenen Workshops wurden nicht nur für inhaltliche Vertiefungen, sondern auch zum Meinungsaustausch über wissenschaftliche Herangehensweisen an die zu beobachtenden Phänomene genutzt. So stand in der

Arbeitsrunde zur Frauenrechtsbewegung im Iran die Frage nach der Übertragbarkeit von theoretischen Konzepten auf der Agenda: Durch eine Voreingenommenheit in der Benutzung von Begriffen wie Feminismus oder Emanzipation muss sich die Forschung in diesem Bereich nicht selten den Vorwurf eines eurozentrischen Blickwinkels gefallen lassen. Daran schließt die Überlegung, inwieweit eine transnationale zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit überhaupt möglich ist, wenn Norm- und Wertevorstellungen deutlich voneinander abweichen. Auch der zweite Workshop beschäftigte sich mit dem Nutzen klassischer Analysemuster, indem er mit Blick auf die heterogenen Entwicklungen im südostasiatischen Raum den Mehrwert linearer Demokratisierungsmodelle in Frage stellte. Darüber hinaus analysierten die Teilnehmer die Rolle der Zivilgesellschaft in unterschiedlichen Transformationsphasen und resümierten, dass sich kein direkter kausaler Zusammenhang zwischen zivilem Engagement und Demokratisierung erkennen lässt. Ähnlich differenziert betrachtete der dritte Workshop die Situation in Indien: Die dortigen Proteste erhöhen zwar die politische Partizipation, greifen jedoch die Stabilität des Systems an. Auch bedingt durch die Diversität der Gruppen ist schwer einzuschätzen, wie hoch der Beitrag zur Konsolidierung der Demokratie tatsächlich ist.

In der Abschlussrunde wurden neben zentralen Herausforderungen für die Asienforschung auch politische Maßnahmen zur Unterstützung der asiatischen Zivilgesellschaft diskutiert. Einigkeit herrschte darüber, dass europäische Akteure den transnationalen Dialog und eine engere Vernetzung fördern sollten, ohne dabei klare Vorgaben an ihr Gegenüber zu richten – letzteres könnte als bevormundend empfunden werden und die Zusammenarbeit behindern. Im wissenschaftlichen Bereich hat die Tagung aufgezeigt, dass ein methodologischer Nationalismus und eine zu staatszentrierte Ausrichtung der Internationalen Beziehungen nur selten zu brauchbaren Ergebnissen führen. Außerdem müssen eingefahrene und normativ vorbelastete Konzepte hinterfragt und mit Blick auf die empirische Realität teilweise auch verworfen werden. Nur durch Begriffsarbeit und die Einbeziehung ideengeschichtlicher Analysekatoren kann die hiesige Asienforschung einen eurozentrischen Blickwinkel vermeiden. Eine weitere wünschenswerte Entwicklung ist der Übergang von fallorientierten *area studies* zu *comparative area studies* – mit Hilfe der vergleichenden Methode könnten deskriptive Erkenntnisse durch ein tiefergehendes Verständnis des Zusammenhangs zwischen Demokratie und Zivilgesellschaft in Asien ergänzt werden.

Die nächsten Weingartener Asiengespräche sind vom 14. bis 16. November 2014 zum Thema „Neue Mobilitäten und Immobilitäten in Asien“ geplant.

Anne-Kathrin Weber